

Thomas Obermeier zur Nabu-Studie: „Kapazitätsabbau nicht zu verantworten“

Nabu überschätzt das Verringerungspotenzial um mindestens 1,8 Mio Tonnen

Der Rückbau von Kapazitäten im Bereich der thermischen Abfallverwertung in Deutschland ist nicht zu verantworten. Zu diesem Schluss kommen der Unternehmensberater Thomas Obermeier (TOMM+C) und TOMM+C-Qualitätsmanagerin Sylvia Lehmann in einer Replik zu der im Sommer vorgestellten Studie des Entsorgers Remondis und des Naturschutzbundes Deutschlands (Nabu) mit dem Titel „Kapazitäten der energetischen Verwertung von Abfällen in Deutschland und ihre zukünftige Entwicklung in einer Kreislaufwirtschaft“. Selbst die vom Nabu in der Studie erwähnten Ausbauprojekte mit einer Kapazität von einer Mio Tonnen hätten ihre Daseinsberechtigung, sofern die anvisierten Vermeidungs- und Verwertungskonzepte des Gesetzgebers nicht vollumfänglich greifen.

In der Studie hatten die Autoren insgesamt drei Szenarien betrachtet und berechnet, welche Auswirkungen die Entwicklungen auf die thermische Abfallverwertung hätten (EUWID 38/2019). In ihrem am wenigsten ambitionierten Szenario kamen die Autoren der Nabu-Studie – Günter Dehoust vom Öko-Institut und der selbstständige Berater Holger Alwast – zu dem Schluss, dass allein durch eine konsequente Umsetzung der bestehenden Gesetze fünf Mio Tonnen weniger Abfall verbrannt werden müsste. Im ehrgeizigsten Szenario mit Wertstoffgesetz, Sperrmüllverordnung und einem umfangreichen Programm zur Abfallvermeidung könnte Deutschland im Jahr 2030 auf etwa ein Drittel seiner Verbrennungskapazitäten verzichten, behaupten Dehoust und Alwast in der Studie.

Obermeier und Lehmann zufolge überschätzen Dehoust und Alwast das Vermeidungspotenzial durch die dargestellten Maßnahmen deutlich. Im ersten Szenario, bei dem es um die konsequente Umsetzung des Rechts geht, werde das Vermeidungspotenzial um mindestens 1,8 Mio Tonnen, im zweiten, ambitionierteren Szenario um 2,9 Mio Tonnen überschätzt.

Eines der zentralen Argumente der Studie ist das Alter der Anlagen: Pauschal unterstellen Dehoust und Alwast jeder Anlage in Deutschland einen Modernisierungsbedarf, die älter als 30 Jahre ist. Obermeier und Lehmann zufolge machen es sich die Studienautoren damit zu leicht: Der Zeitanatz zum „Revamping“ alter Anlagen sei absolut willkürlich, urteilen Obermeier und Lehmann in ihrer Replik. Denn die Studie gebe nicht die spezifische Situation der Anlagen mit den Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen wieder.

Falsche Annahmen bei der Bevölkerungsentwicklung

Darüber hinaus gehe die Studie von falschen Annahmen hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung aus. So gehe die Nabu-Studie von einem Bevölkerungsrückgang bis 2030 auf rund 80 Mio Einwohner in Deutschland aus. Obermeier und Lehmann zufolge sei jedoch mit einer gleichbleibend hohen Bevölkerungszahl von rund 83 Mio Menschen im Jahr 2030 in Deutschland zu rechnen. Dabei beziehen sich die Autoren der Replik auf die aktuellen Bevölkerungsvorausrechnungen. Allein die Nichtberücksichtigung von drei Mio Einwohnern unterschlage eine Siedlungsabfallmenge von etwa 1,8 Mio Tonnen bei einem gleichbleibenden, spezifischen Abfallaufkommen.

Die Bevölkerungszahl wird sich also – anders als von den Autoren der Nabu-Studie unterstellt – bis 2030 nicht wesentlich ändern. Doch die Menschen zieht es zunehmend in die Städte und die Haushaltsgrößen verkleinern sich. Das wirkt sich auf das Abfallaufkommen aus, denn kleinere Haushalte produzieren in der Summe mehr Abfall als große. Der Trend zur Urbanisierung werde sich bis zum Jahr 2030 fortsetzen, sind Obermeier und Lehmann überzeugt. Die Bevölkerung in den kreisfreien Großstädten werde – bei einer gleichzeitigen Abnahme in den ländlichen Kreisen – bis 2030 um rund zwei Mio Einwohner zunehmen. Allein dadurch steige das Restabfallaufkommen in Deutschland um rund 200.000 Tonnen.

Bislang keine Entkopplung von Abfallaufkommen und Wirtschaftswachstum

Auch die konjunkturelle Entwicklung spielt eine Rolle, denn das Wirtschaftswachstum beeinflusst das Abfallaufkommen sowohl bei Haushalten, als auch bei Industrie und Gewerbe. Grundsätzlich sei eine Entkopplung von Bruttoinlandsprodukt und Abfallaufkommen nicht festzustellen. Die Abfallintensität – also das Verhältnis des Abfallaufkommens zum Bruttoinlandsprodukt – befinde sich seit 2012 in etwa auf dem gleichen Niveau. Die verfügbaren Daten sprechen daher kaum dafür, dass sich der kausale Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum einerseits und Abfallaufkommen andererseits in den kommenden Jahren ändern könnte. Bei einem weiterhin leichten Wirtschaftswachstum von 1,0 bis 1,2 Prozent bis zum Jahr 2030 muss daher mit einem entsprechenden Anstieg der Abfallmengen gerechnet werden.

Darüber hinaus gehen Obermeier und Lehmann davon aus, dass die Autoren der Nabu-Studie die Auswirkungen zahlreicher Maßnahmen auf den

Entsorgungsmarkt für Siedlungsabfälle überschätzen. So unterstellen Dehoust und Alwast in ihrer Studie beispielsweise, dass im Jahre 2030 in Deutschland durchschnittlich 107 Kilogramm Bioabfall pro Einwohner und Jahr gesammelt werden könnten. Das ist angesichts der durchschnittlichen Sammelmenge von rund 54 Kilogramm pro Einwohner im Jahr 2017 überaus optimistisch.

Zwar wird tatsächlich in einigen ausgewählten Regionen Deutschlands diese hohe Sammelmenge erreicht. Doch einen bundesweiten Durchschnittswert von 107 Kilogramm pro Einwohner und Jahr halten die Autoren von TOMM+C nicht für realistisch. Das Beratungsunternehmen selbst hatte für 2030 nach eigenen Angaben eine Sammelmenge von 70 Kilogramm pro Einwohner und Jahr prognostiziert und erachtet selbst diesen Wert in der Replik auf die Nabu-Studie für schwer erreichbar.

Getrennt erfasste Bioabfall-Mengen in den vergangenen Jahren kaum gestiegen

Die Autoren begründen ihre Einschätzung mit den geringen Steigerungsraten der vergangenen Jahre. 2013 sammelten die Bundesbürger demnach durchschnittlich etwas mehr als 46 Kilogramm Biomüll pro Jahr in getrennten Sammelsystemen. Bis 2015 – dem Jahr, in dem die getrennte, flächendeckende Biomüllsammlung Pflicht wurde – stieg die Menge um fünf auf mehr als 51 Kilogramm pro Einwohner. Bis 2017 ist nur noch eine leichte Steigerung auf knapp 54 Kilogramm pro Einwohner zu verzeichnen.

Doch selbst wenn bis zum Jahr 2030 der durchschnittliche Haushalt in Deutschland 70 Kilogramm Biomüll getrennt erfasst, werden lediglich 1,2 Mio Tonnen nicht mehr thermisch verwertet. Die Autoren der Nabu-Studie waren – in Folge der pessimistischen Einschätzung der Bevölkerungsentwicklung und der optimistischen Einschätzung der durchschnittlich getrennt erfassten Bioabfallmengen – hingegen von einer Reduktion von 3,7 Mio Tonnen ausgegangen. Obermeier und Lehmann gehen daher davon aus, dass die Nabu-Studie den Effekt um 2,5 Mio Tonnen überschätzt.

Auch bei der Wertstoffsammlung glauben die Autoren von TOMM+C nicht, dass die – wie von den Autoren der Nabu-Studie angenommen – bis 2030 über elf Kilogramm pro Einwohner mehr erfasst werden können. Obermeier und Lehmann halten, wenn überhaupt, bis zum Jahr 2030 eine Steigerung von sieben Kilogramm pro Einwohner für realistisch, wodurch 450.000 Tonnen weniger der thermischen Verwertung zugeführt würden. In der Summe überschätzten die Autoren der Nabu-Studie nach Ansicht von Obermeier und Lehmann den Effekt einer Ausweitung der getrennten Wertstoffsammlung um rund 500.000 Tonnen. □

→ Die Replik steht im Internet unter www.euwid-recycling.de/doku bereit.